

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 30.

Sonntag, 11. März.

1877.

Johann Jacoby.

Dienstag den 6. März, Abends 6 1/2 Uhr, starb zu Königsberg der greise Kämpfer für Freiheit und Recht, unser Parteigenosse, Dr. Johann Jacoby, im 72. Lebensjahre an den Folgen einer Steinoperation.

Der klassische Denker und heldenmüthige Kämpfer, der für seine Ueberzeugung Verfolgungen und Kerker nicht scheute, führte sich durch die Schrift: „Die Fragen eines Ostpreußen“ (1843) in das politische Leben ein.

Im Jahre 1848 wurde er von der Nationalversammlung zum Mitglied einer Deputation gewählt, welche dem Könige von Preußen über die Lage des Landes Aufklärung geben sollte. Als der König diese Deputation nicht anhören wollte, rief Jacoby ihm das berühmte Wort zu:

„Es ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!“

Nachdem die sogenannte bürgerliche Demokratie, welcher Jacoby angehörte, immer mehr in Verfall gerathen war, schloß der schon grau gewordene Freiheitskämpfer sich der Sozialdemokratie an.

Ein Gegner der männerwerbenden Schlachten, ein Freund der Culturentwicklung, that er den denkwürdigen Ausspruch:

„Für den künftigen Kulturhistoriker wird die Gründung des kleinsten Arbeitervereins von größerer Bedeutung sein als der Schlachttag von Sedowa.“

Wir verlieren in Jacoby einen der besten Parteigenossen, das Volk verliert in ihm einen seiner edelsten Freunde.

Das Begräbniß findet heute Vormittags 11 Uhr in Königsberg statt.

Die Reichstagsabgeordneten Freiliche und Most werden unsere Partei bei dem Begräbniß vertreten; die Berliner Genossen entsenden außerdem noch eine Deputation nach Königsberg.

Die Blätter der Fortschrittspartei reden bei ihren heuchlerischen Betrachtungen von der „Bereinsamung“, in welche der theure Todte in politischer Hinsicht in letzter Zeit gerathen sei — Jacoby wollte eben mit den politischen Waisweibern nichts mehr zu thun haben, er war ein ganzer Mann und stand deshalb auch nur zu Männern und dem großen, arbeitenden Volke.

Sein Andenken wird deshalb auch allen Männern und dem arbeitenden Volke stets heilig sein.

Ein Kind der freien Concurrrenz.

Die gegenwärtige Nothlage ist geeignet, recht objectiv die Strikes und ihre Berechtigung zu besprechen. Niemand wird zu behaupten wagen, daß wir den arbeitslosen Arbeitern jetzt Arbeitsseinstellung predigen wollten, jetzt wo der „Arbeitsausfluß“ in ganz Deutschland organisiert oder nichtorganisiert in furchtbarer Weise grassirt.

Aber auch die Arbeiter selbst werden mit viel größerer Objectivität diese Frage der Prüfung unterziehen können, da ihr Blick jetzt gewiß nicht durch sogenannte „Erfolge“ getrübt ist.

Gleiches Recht — diese Phrase führt die liberale ökonomische Schule immer im Munde, gleiches Recht in wirtschaftlicher Beziehung.

Deshalb keine Staatshilfe für irgend eine Gesellschaftsklasse; die freie Bewegung allein ist die Triebfeder alles Schaffens, alles Thuns, und einzig und allein ist es gerecht, wenn man jedem Einzelnen überläßt, die Werthe, welche er besitzt, zu dem höchstmöglichen Preise an den Mann zu bringen.

Stellen wir uns einmal auf diesen liberal-ökonomischen Standpunkt und fragen: wie ist es aber möglich, daß man den Arbeiter, welcher seine Waare — die Arbeitskraft — recht theuer verkaufen will, gerade von der Seite, die dieses hohe Verwerthen der Waare im Allgemeinen als obersten Grundsatz aufstellt, so verdammt?

Hierdurch wird doch das gleiche Recht selbst von der national-ökonomischen Wissenschaft mit Füßen getreten.

Woher kommt aber diese Mißachtung des gleichen Rechts?

Wir wollen gar nicht behaupten, daß dieselbe lediglich aus Parteinahme für die Kapitalmacht entstehe, vielmehr glauben wir, daß die eigentliche Klarlegung der Sachlage noch vielfach fehlt, und daß dadurch hauptsächlich solche Ungerechtigkeiten entstehen.

Da nämlich der einzelne Arbeiter den Concurrenzkampf mit dem Kapital nicht mit der Aussicht auf den allergeringsten Erfolg aufnehmen kann, so verbindet sich die Klasse der Arbeiter vielfach zum Angebot ihrer Waare und sucht den Preis der Arbeitskraft so hoch als möglich zu stellen. Hierbei wollen wir aber sofort bemerken, daß wir wohl wissen, daß selbst im günstigsten Falle die Folgen des ehernen ökonomischen Lohngesetzes im Allgemeinen durch eine erhöhte Preiszielung für die Waare Arbeitskraft nicht beseitigt werden können, daß viel-

mehr das eberne Lohngesetz nur eine Schwenkung auf längere oder etwas längere Zeit zu Gunsten der Arbeiter machen kann.

Wenn nun bei dem geregelten, vereinigten Angebot die Waare Arbeitskraft nicht nach dem Wunsche der Besitzer verkauft werden kann, so kommt es vor, daß dieselben ihre Waare überhaupt nicht verkaufen und den Strike erklären.

Darob entsteht großes Vomento und der höchst merkwürdige Vorwurf, daß die Arbeiter durch das Zurückhalten ihrer Waare von dem öffentlichen Markte die Nationalwohlthat, ja die gesammte Menschenwohlthat gefährdeten.

Hier stehen wir an dem klügelichen Punkte.

Ist beispielsweise durch Ueberproduktion irgend einer Waare die Produktion derselben gehemmt und für eine Zeit lang lahm gelegt und somit die allgemeine Wohlfahrt ernstlich bedroht, so sind allerdings die Besitzer solcher überproduzirten Waaren in den meisten Fällen gezwungen, dieselben zu niedrigerem Preise loszuschlagen. Sind aber Einzelne trotzdem in der Lage, die Kräfte abzuwarten zu können, und verbinden sie sich dann zu gemeinsamem Handeln, so nimmt ihnen Niemand übel, wenn sie die Waare zurückhalten, um später einen höheren Preis für dieselbe zu erzielen.

Daß aber gerade so, wie bei dem Strike der Arbeiter, durch das Zurückhalten der Waare die Produktion und somit der National- und der allgemeine Wohlstand geschädigt werden, ist doch selbstverständlich, und trotzdem fällt es keinem National-Ökonomen der liberalen Schule oder sonst einem den herrschenden Klassen angehörenden Menschenteufel ein, für Unrecht zu erklären, daß überhaupt nicht die Waare zu jedem, selbst dem niedrigsten Preise losgeschlagen wird.

Hieraus geht hervor, daß nicht mit gleichem Maße gemessen, daß es nur den Arbeitern verdracht wird, wenn sie ihre Waare so theuer als möglich verkaufen wollen.

Aber das muß jeder rechtliche Mensch zugestehen, daß die Berechtigung der Strikes, nämlich die Arbeitskraft so hoch als möglich zu verwerthen, gerade in der liberal-ökonomischen Anschauung von der freien Concurrrenz liegt; ja, das muß Jeder zugestehen, daß der Strike ein Kind, ein ureigenes Kind der freien Concurrrenz ist, welches allerdings seiner Mutter manchmal unbehagen wird.

Würde die freie Concurrrenz verschwinden, würde das Kapital nicht in derselben den Haupthebel seiner Ausbreitung und Macht sehen, dann könnten folgerichtig auch keine Strikes entstehen, dann regelte sich unter anderen friedlicheren Bedingungen die ganze Produktion, als jetzt, wo die Menschheit in wirtschaftlichen Dingen sich fortwährend auf dem Kriegsfuße befindet.

Da wir Sozialdemokraten nun diese friedlicheren Bedingungen der Produktion herbeiführen wollen durch Umänderung der heutigen kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische, da wir das System der freien Concurrrenz und des Kampfes um das Mein und Dein überhaupt brechen wollen, so sind wir selbstverständlich als Gegner solcher Concurrrenz, als Gegner solchen Kampfes, im Prinzip auch Gegner aller Strikes.

So lange aber der Concurrrenzkampf an allen Ecken und Enden noch tobt, halten wir auch die Strikes für vollständig berechtigt und eventuell für notwendig, indem sie hin und wieder der übergroßen Annahme des Kapitals Schranken setzen. Zur endgültigen Erlösung der Arbeit vom Druck des Kapitals tragen sie allerdings, wenn auch noch so oft siegreich, an sich nichts bei; sie erschüttern ja das heutige Wirtschaftssystem nicht im Geringsten, aber sie sind wohl dazu angethan, die Mannen der Arbeit zusammenzuscharen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit mehr und mehr auszubilden und dadurch die Streiter für höheren Lohn und anderweitige bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfern für die Menschheit heranzuziehen.

Zum Schluß wollen wir noch den älteren Gegnern der Strikes den Rath geben, daß sie den alten Jankefel, die Kantippe, freie Concurrrenz genannt, aus der Welt schaffen mögen, dann wird das kleine Teufelchen, der Strike, keine Nahrung mehr finden und mit seiner Mutter zur Hölle fahren.

Die Gesellschaft ein Organismus.

I.

Die Menschengesellschaft ist durch ihre geschichtliche Entwicklung bestimmt, ein Organismus zu werden, und zwar zunächst das einzelne Volk, dann die Gesammtheit der Völker, zuletzt die ganze Menschheit.

Es kann mit dem Ausdruck Organismus sehr viel gemeint sein, aber auch sehr wenig.

Der Baum ist ein Organismus, aber auch jedes seiner Blätter (und seiner Blüthen und Früchte, welche bloß umgewandelte Blätter sind) ist — obwohl ein Glied am Baume — doch zugleich ein Organismus für sich; ja, jede einzelne Zelle dieser Blätter, des Holzes und der Rinde ist nicht bloß ein noch geringeres Glied des Baumorganismus, sondern wieder ein kleiner Organismus für sich. Jedes einzelne Thier ist ein Organismus, aber ebenso sehr ist es jede seiner Gliedmaßen und — sie alle durchkreuzend, jede ihrer Verrichtungen, also das Gerippe, die Muskeln, Sehnen und Bindegewebe, das Nervengewebe, ja jeder Blutstropfen (Blutkörperchen), jede Zelle im kleinsten Maßstabe. Hinwieder giebt es Thiergesellschaften, welche Organismen bilden, wie z. B. die der Korallen, der Ameisen und Bienen.

Welchen von diesen weitverschiedenen Organismen (Körperschaften) ist nun die Menschengesellschaft ähnlich oder gleich zu nennen, oder aber erst noch zu gestalten? — Gewiß keinem einzigen; denn der Mensch ist eben, je mehr er gesellig lebt, desto weniger eine Pflanze oder ein Thier. Und die Reihe der in der Geschichte bestandenen Gesellschaften ist wieder so verschieden

unter einander und von derjenigen Form, welcher die zukünftige Gesellschaft entgegenstrebt, daß man noch sehr wenig von ihr weiß, wenn man bloß weiß, daß sie ein Organismus zu werden bestimmt ist. Es ist aber dennoch ein großer Fortschritt, wenn ein Professor der Volkswirtschaft (Herr Schäffle in Wien) in die Wissenschaft den Begriff des Organismus einführt. Denn, was gewöhnlich sich Volkswirtschaft nennt, betrachtet jedes Volk als eine Summe von Einzelwesen, beinahe als einen Haufen von Sandkörnern, deren Zusammengehörigkeit zufällig ist. Es fällt ihr gar nicht ein, zu untersuchen, was für eine Art Einzelwesen die Menschen sind, welche die Gesellschaft zusammensetzen; worin sie von einem Haufen Sandkörner verschieden, warum sie das, was sie sind und leisten, ein jeder bloß durch alle anderen sind und leisten; was die Folgen sein müssen, wenn diese Einzelwesen jedes sich gegen alle anderen spröde wie Sandkörner verhalten; endlich warum fast alle ökonomischen Lehren in Widerspruch stehen mit Geschichte, Naturwissenschaft und Sittlichkeit. Sie vermüßt sich erklären zu wollen, wie der Nationalreichtum entsteht, und sie ist blind gegen die geschichtliche Wahrheit, daß mit dem Wachsen des Reichthums Einzelner der Volksreichtum abnimmt. Sie nennt das Spiel zwischen Angebot und Nachfrage ein eisernes, göttliches Naturgesetz, und sie drückt beide Augen zu vor der naturwissenschaftlichen Thatsache, daß das in der Menschenwelt noch immer herrschende Recht des Stärkeren diesem Gesetz des Angebots und der Nachfrage eine Rase drehen muß. Sie spricht von der Freiheit des Vertrags zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer — die Heuchlerin — obwohl sie weiß, daß alle Grundbedingungen der Freiheit dabei fehlen — das gleiche Anrecht am Boden, den Arbeitsmitteln und Allem, was nicht die Arbeit des Einzelnen geschaffen hat. Diese Volkswirtschaftslehre sollte Einzelwirtschaftslehre, oder noch besser Volksverwüstungslehre heißen.

Mit dem guten Willen jedoch, die Menschengesellschaft zu begreifen und planen als einen Organismus, ist sehr wenig gewonnen. Denn ein solcher ist sie immer gewesen, aber in sehr verschiedener Weise, und noch niemals — auch nur entfernt — ihrem Begriffe gemäß. Vergleicht man sie z. B. mit dem Organismus eines Bienenstocks, oder eines Ameisenbühlchens, oder gar eines Baumes, so mag man immerhin zahlreiche Ähnlichkeiten zwischen diesen und der Menschengesellschaft, wie sie sein sollte, auffinden; aber es bleiben dabei noch mehr Unterschiede, und zwar gewaltige, verborgen. Da der Mensch nur mit dem Menschen verglichen werden kann, so kann sich der Begriff der menschlichen Gesellschafts-Organismus nur einerseits aus dem Begriffe des Menschen, und andererseits aus den stufenweisen Fortschritten ergeben, welche die Gesellschaft in der Geschichte gemacht hat.

In der Stahl-Verlachschen Staatsweisheit spielt der Begriff des Organismus eine große Rolle. Weil das preussische Volk in der unbeschränkten Alleinherrschaft von Gottes Gnaden herangezogen worden ist, so kann alle weitere Entwicklung nur vom Throne ausgehen — thut sie das, so ist sie organisch (christlich-germanisch), denn sie ist dann aus vergangenen Zuständen naturwüchsig entstanden. Thut sie das nicht, so ist sie willkürlich und eine Auslehnung gegen die preussischen Naturgesetze. Diese Weisheit wäre ganz folgerichtig, falls nachgewiesen wäre, daß das preussische Volk seinen Verstand und Willen, kurz seine gesammte Gehehrthätigkeit dem König in Verwahrung gegeben und auf eigene Einsicht und eigenen Willen in allen allgemeinen Angelegenheiten für immer verzichtet hätte. Denn im menschlichen Körper haben die einzelnen Glieder auch keinen eigenen Verstand und Willen, außer insoweit das Gehirn ihnen beides gestattet. Gesetzt aber, der König dankte freiwillig ab, damit das Volk seine erlangte Reife zur Selbstregierung beweisen könne — was doch nicht ganz unmöglich ist — so würde diese Art Weisheit dies nicht organische Fortentwicklung nennen und damit ihre Heuchelei beweisen.

Die Schweiz ist, Alles in Allem, das bis jetzt freieste, menschlichste Gemeinwesen. Stellt sie nun etwa denjenigen Organismus dar, in welchen die Geschichtsentwicklung der Menschheit die Völker der Zukunft hineindrängt? Man darf dies verneinen, ehe man noch das Wesen dieses Organismus untersucht hat. Denn da soviel wenigstens von vorn herein feststeht, daß der Mensch unter allen bekannten Wesen das freieste ist und immer freier zu werden bestimmt ist und da wir in der Schweiz noch keine Anzeichen getroffen finden, um die Weisheit der Abergläubigen, die Verleumdung der Lohnarbeiter und Entertben und deren Folgen von Grund aus zu verhüten, so ist die Schweiz nicht der geforderte Organismus.

Diese beiden Beispiele können uns lehren, daß alle bisherigen Gesellschafts-Organismen, wenn man sie mit denen in der Thier- und Pflanzenwelt vergleicht, ihren Namen sehr wenig verdienen. Selbst die Organisation eines Baumes ist weit vollkommener als die beste menschliche. Jedes Blatt und ebenso jedes andere Gebilde am Baume genießt voll diejenige Freiheit, deren es fähig ist — es wiederholt die allgemeine Gestalt und den Bau der Blätter dieser Art Bäume in verschiedener Weise, so daß nicht zwei einander völlig gleich sind. Es waltet darin ein unverbrüchliches Gesetz, aber in der endlosen Mannichfaltigkeit seiner Ausführung können diese Einzel-Lebewesen sich ihrer Selbstheit erfreuen. Jedes dieser Blätter (und ebenso der Aeste, Zweige, Blüthen, Samen, Früchte, Wurzeln etc.) ist ganz so sehr des Baumes wegen da, dem sie seine Nahrung fertig machen, als dieser ihre wegen da ist. Je mehr Blätter er ansetzt, desto mehr wächst er selber; je besser er wächst, desto mehr gewinnen alle seine Gebilde. Er setzt keinen Ast, keinen Zweig, kein Blatt an, ohne ihm genügend Säftezufluß und Entlungstraum, Licht, Luft und Sonne zu lassen, und keines seiner Glieder nimmt sich von alledem mehr, als es verarbeiten und

dadurch wieder ihm zugute kommen lassen kann. Und ganz ähnlich mit allen Naturorganismen.

Die menschlichen Gesellschafts-Organismen haben bisher alle nach einer von zwei Seiten hin gehend und sind dadurch zu Grunde gegangen. Entweder sie haben das menschliche Einzelwesen fast nur als Mittel zum Zwecke des Ganzen behandelt — so nicht nur die Alleinherrschaften, sondern ebensowohl die alten hellenischen und römischen Völkerherrschaften — oder sie haben den Staat überwiegend als Mittel zu den Zwecken der Einzelwesen behandelt — so die amerikanische Union, die Schweiz, Großbritannien und deren Nachahmer. Das Ergebnis war aber in beiden Fällen dasselbe; es gewann dabei bloß eine Minderzahl der Staatsglieder Entwicklung ihrer Anlagen und Bedürfnisse — bald eine etwas größere, bald eine kleinere Minderzahl. Durch Schaden gewarnt, fiel die Gesellschaft immer aus der einen von beiden Ausschreitungen in die entgegengelegte. Die Aufgabe der zukünftigen Gesellschaft kann also gar keine andere sein als die, beide Ausschreitungen zu vermeiden, die beiden Gegensätze zu versöhnen, wie sie in jedem Naturorganismus versöhnt sind, und dadurch einen Menschen-Organismus zu erzeugen, welcher seines Namens werth ist.

Da die Freiheit des Menschen nur gradweise von der aller anderen Naturwesen verschieden ist, obwohl ihre Leistungen so sehr über die der letzteren sich erheben, daß sie ihm und seinen Gebilden den unablässigen Fortschritt zum Besessenen machen, so muß vom menschlichen Gesellschafts-Organismus in noch höherem Grade als von jedem natürlichen gelten, daß die größtmögliche, stets wachsende Freiheit aller Einzelglieder Bedingung ist, wenn der Organismus gedeihen soll. Der Staat der Zukunft — warum ihn nicht den kommunistischen nennen? — wird also jedem seiner Bürger einen weit größeren Spielraum der Freiheit geben müssen und geben können, als jeder bisherige; und eben dadurch wird er bisweilen mehr zu leisten im Stande sein als jeder bisherige. Dies folgt also mit Nothwendigkeit aus den Begriffen vom Mensch und vom Organismus. Denn da jeder Einzelmensch durch Sprache, Erziehung und aufgestauten Gesamtgeistthum befähigt werden kann, die geistigen Schätze seiner Zeitgenossenschaft in sich wiederzuerzeugen, abzuspiegeln und in besonderer Richtung zu vermehren, so wird dadurch der geistige und äußere Reichtum der Gesamtheit in nie erlebter Weise vermehrt werden, ebendamit aber auch ihre eigene Freiheit und Leistungskraft.

Das Glück des Menschen besteht in seiner stets wachsenden Freiheit vom äußeren Zwange, von Vorurtheil und von Selbstbestimmungs-Dynastie. Es hat wohl noch nie ein Mensch gelebt, der von allen drei Hindernissen seiner Freiheit nach Maßgabe des zeitgenössischen Fortschritts befreit gewesen wäre. Und doch ist diese gleichmäßige Befreiung nach allen drei Richtungen möglich und steten Wachsthum fähig. Es giebt durchaus kein organisches Hinderniß dagegen, daß jeder Mensch sich den Beruf wähle, nach welchem hin seine Anlagen und Kräfte ihn drängen, daß er in der Gattenwahl vollste Befriedigung finde, und daß er seine leiblichen und geistigen Lieblingegenüsse nach Maßgabe des auf ihn entfallenden Antheils pflanze. Diese drei Richtungen erschöpfen sein Bedürfnis nach Freiheit vom äußeren Zwange. Wohl Niemand wird es als Zwang empfinden, daß er als Mann oder als Weib, daß er von gerade diesem Elternpaare, gerade zu dieser Zeit und unter gerade diesen äußeren Verhältnissen geboren ist. Nur was anders möglich wäre, aber schwer oder gar nicht von ihm zu ändern geht, wird als Zwang empfunden. Wenn also die Gesellschaft allen äußeren Zwang beseitigt, welcher freieste Wahl des Berufs, des Gatten und der vernünftigsten Bedürfnisse verhindert, so hat sie für das stets wachsende äußere Glück des Einzelnen, also für seine und ihre eigene wachsende Freiheit gesorgt.

Es ist auch kein organisches Hinderniß denkbar, welches Vorurtheile und Willensschwäche jedes Einzelne zu überwinden unmöglich machte. Es mag hier und da mehrere Geschlechter-Folgen erfordern, um durch verbesserte Erziehung eine ungünstige Gehirnbildung zu verbessern. Aber so gewiß aus irgend einer Affenart Menschen und aus rohen Urmenschen die heutigen Culturmenschen entstehen können, so gewiß kann jede Gehirn-Rückbildung von heutzutage vermenschlicht werden, und zwar weil jeder Mensch sein Dasein als ein Thier beginnt, was bei Millionen ein Aufsteigen zu den höchsten Tieren nicht hindert, innerhalb eines, höchstens weniger Menschenleben.

Die Schwierigkeiten bei Erstrebung eines solchen Gesellschafts-Organismus sind groß genug; allein sie werden gewöhnlich überschätzt. Man darf nie außer Acht lassen, daß die Menschheit ihre jetzige hohe Stufe erstiegen hat trotz weit größeren Hindernissen; daß sie sich nach Zahl und Grad vervollkommnet hat,

Ein pädagogisches Buch.

Wohl neun Zehntel der pädagogischen Literatur gehören in den Papierkorb, um der allgemeinen Anerkennung des werthvollen Zehntels Raum zu geben.
Adolf Douai.

Eine Schrift, welche gewiß unter das letztere Zehntel gehört, ist der „Grundriß der Erziehungs- und Unterrichtslehre“ von Dr. Friedrich Dittes (Leipzig, Julius Klünckhardt), und da anzunehmen ist, daß dieses Buch jeden denkenden Menschen, hervorragend aber jeden Vater interessieren muß, weil er hier eine Fülle von wichtigen Belehrungen findet, so wollen wir die Gesinnungsgenossen auf dasselbe aufmerksam machen. Die Erziehung der Jugend ist ja eine so wichtige Sache, beinahe nirgends im Volke findet sich ein richtiges Verständnis dafür, und doch kann aus einer durchgreifenden Veränderung unserer Schulen nur dann etwas werden, wenn ein solches Verständnis allgemein geworden ist.

Man sieht und hört oft genug die Eltern in Opposition gegen die Schule und dadurch zum Theil wieder verderben, was dort genügt wird. Aber auch die Lehrer selbst werden mit mehr Lust und mehr — Sorgfalt ihr Werk leisten, wenn sie bei einem Theil der Eltern pädagogischen Sinn voraussetzen dürfen. Die wichtigste dieser ist, wollen wir an einigen Aeußerungen Douai's aus seinem ausgezeichneten Schriftchen „Kindergarten und Volksschule“ zeigen. Er sagt: „Schon der gewöhnliche Sprachgebrauch macht einen Unterschied zwischen ‚Erziehen‘ und ‚Abrichten‘, indem er letzteren Ausdruck auf die einseitige Ausbildung einer Anlage anwendet und auch bei Thieren gebraucht, ersteren aber ausschließlich für den Menschen zurückbehält, und auch bei diesem nicht von einer Erziehung zum Schuhmacher, Schneider, Turner, Fechter oder sonstigen Berufsmenschen spricht, wohl aber von einer Erziehung zu selbständigem Denken, Handeln, Wollen, Schaffen, besonders aber von sittlicher Erziehung. Schon die Ableitung des Wortes ‚Erziehung‘ macht diese zu einer Thätigkeit, bei welcher nichts dem Wesen des Menschen Fremdes in denselben hineingetragen, sondern das in ihm von der Natur Gegebene in ihm und aus ihm herausentwickelt werden soll; während die Ableitung des Wortes ‚Abrichtung‘ einen fremden Willen zeigt, welcher die natürliche An-

obchon die Gesellschaft immer barbarisch war, und noch heute halb-barbarisch ist; endlich daß der Anfang zum Einverständnis aller Culturvölker gemacht ist, daß die Gesellschaft ein vollkommener Organismus im Sinne der Freiheit jedes Einzelnen zu werden hat.

Sozialpolitische Uebersicht.

— 168,200,000 Mark. Das dem Bundesrath vorgelegte Anleihegesetz für Kasernierungszwecke hat folgenden Wortlaut: „Der Reichskanzler wird ermächtigt, diejenigen außerordentlichen Geldmittel, welche für das Jahr 1877 und für die folgenden Etatsjahre nach Maßgabe des Reichshaushaltsetats zur Durchführung der allgemeinen Kasernierung des Reichsheeres, sowie zur Erstattung der vom Königreich Sachsen seit dem 1. Januar 1868 und von Württemberg seit dem 1. Januar 1872 für Kasernementseinrichtungen aus Landesmitteln bestreitenen Ausgaben erforderlich werden, bis zur Höhe von 168,200,000 Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen und zu diesem Zweck im Jahre 1877/78, sowie in den folgenden Etatsjahren in dem Nominalbetrage, wie er zur Beschaffung des in dem Jahresetat jedesmal veranschlagten Bedarfs erforderlich sein wird, eine verzinssliche, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juni 1868 zu verwaltende Anleihe aufzunehmen und Schatzanweisungen auszugeben.“ — Die Kasernierung entfremdet bekanntlich den Soldaten immer noch mehr dem Bürgerthum und befördert den Militarismus, welcher jetzt schon dem Wohlstande der Nation die tiefsten Wunden schlägt.

— Der Zeugnißzwang scheint in Preußen epidemisch werden zu wollen. Wie in Galm und Posen, so soll, wenn die Zeitungen recht berichten, jetzt auch in Berlin eine Zeugnißzwangstragdie inscenirt werden, und zwar durch den Polizeipräsidenten v. Madai. Der Held des Stückes ist diesmal ein Reporter, welcher mehreren Zeitungen einen, angeblich nur durch Judikretion zugänglichen Tagesbefehl des Commandeurs der Schutzmannschaft mitgetheilt hatte. Herr v. Madai war so artig, dem Reporter hiervon brieflich Mittheilung zu machen und ihm zugleich ein einfaches Mittel an die Hand zu geben, wie er der drohenden Tortur entgehen könne: er brauche nur „baldfälligst den Namen des Gewährsmannes resp. des betreffenden Beamten mitzutheilen“; thut er das nicht innerhalb acht Tagen, so wird das peinliche Verfahren eingeleitet.

— Thatsachen sprechen. Wer es noch nicht glauben will, daß die Fortschrittsorgane „Vossische Zeitung“ und „Volks-Zeitung“ regierungsfähig sind und die Grenze „erlaubter“ Opposition bilden, dem können wir erzählen, daß dieser Tage dem Primaner eines hiesigen Gymnasii das Lesen des „Vorwärts“ und der „Berliner Freien Presse“ und überhaupt sozialdemokratischer Organe streng untersagt wurde, während man das Abnehmen auf jene beiden „fortschrittlichen“ Zeitungen — wie man eben jenem Primaner auf seine Frage bekräftigte — widerspruchlos gestattet hätte. — Man muß doch gewaltige Angst haben, daß das „Gift der Weltverbesserung“ auch in den jugendlichen Gemüthern der besser situirten Klassen um sich greift.

— Zur Altonaer Stichwahl. Ein Arbeiter, der jetzt schon dreiviertel Jahre in Altona wohnt, war von Hamburg aus dahin gezogen. Zweimal hatte er mitgewählt, weil er ordnungsmäßig in die Wahllisten eingetragen war. Jetzt bei der Stichwahl wurde er an der Wahlurne zurückgewiesen. Warum? In Altona hatte er keinerlei Armenunterstützung erhalten. Ja warum? Vernehm: Vor fast einem Jahre, als er noch in Hamburg wohnte, hatte er, als er im Winter ohne Arbeit war, freie Medicamente für sein krankes Kind bekommen! Das sogar war ausprobiert worden! Abgesehen davon, daß wir es in jedem Falle für ungeschicklich halten, daß ein Wahlvorsteher eingetragene Wähler zurückweist, giebt das in Altona eingeschlagene Verfahren den Arbeitern viel zu denken.

Im heutigen Staat kann also der Arme nicht einmal die Hilfe der auf Staatskosten ausgebildeten Aerzte umsonst erhalten, wenn er nicht die Schmach auf sich laden will, das wichtigste bürgerliche Ehrenrecht zu verlieren. Ja, weitergehend, wenn du einen reichen Mann, der dich an den Bettelstab gebracht hat, verklagen willst, wenn dir das Geld fehlt, um den Advokaten und dem Gerichte den verlangten Vorschuß zu leisten, und du die vom Gerichte deine Armuth bescheinigen läßt, so wärest du analog der Auffassung der Altonaer liberalen Wahlvorstände, deines Wahlrechtes verlustig, wie du es bereits wirst, wenn dir

lage und Neigung des Abzurichtenden vergewaltigt. Die traurige Thatsache, daß nur zu oft sich Erziehung nennt, was bloße Abrichtung ist, ändert nichts daran, daß zwischen beiden ein gewaltiger Unterschied besteht, und an der gebieterischen Forderung der Pädagogik, daß beim Menschen alles Abrichten wegfallen sollte.

Nun! das Verständnis für Erziehung verlangt pädagogischen Sinn, und solchen Sinn zu wecken, dazu ist unser oben angezeigtes Buch ganz geeignet. Der Verfasser, kein Sozialist, dies zeigt schon die ganz eigene Stellung, welche er zur Religion einnimmt, aber ein denkender Erzieher, ein, bis auf eben angeführten Punkt, vollständig vorurtheilsfreier Lehrer und ein vollendeter Kenner des menschlichen Wesens, behandelt hier in wissenschaftlich-populärer Weise die Erziehung vom frühesten Kindesalter bis in die Schule, welche selbst aber vielfach mit herangezogen, ihr Wesen, ihre Ziele, ihre Lehrmittel und Methoden sich erläutert finden.

Das Buch ist für Fachleute geschrieben und bereits in pädagogischen Unterrichtsanstalten eingeführt, aber glaube man nur ja nicht deshalb, daß es trodene Vorschriften über die Behandlung der Kinder durch den Lehrer enthalte; nein, es ist eine allseitige, auf das wirkliche Wesen des menschlichen Geistes und Körpers begründete und in der verständlichsten Weise geschriebene Erziehungslehre, welcher Eingang in die weitesten Kreise zu wünschen ist. Und sind, oder sollen wir Eltern nicht auch Fachleute in der Erziehung sein?

Der „Grundriß“ behandelt in Abschnitten zuerst (auf 42 Seiten) die physische Erziehung. Dieser Abschnitt für sich kann als das Beste bezeichnet werden, was an derartigen Arbeiten in so gedrängter Kürze existirt. Man sieht, wie werthvoll es ist, wenn sich verschiedene Fachleute, wie hier der Arzt und der erfahrene Erzieher, zu gemeinsamem Werk entschließen. Die folgenden Abschnitte über die geistige Erziehung zeigen dann zunächst die Grundbedingungen und die Entwicklung des geistigen Lebens, ferner die intellektuelle und moralische Erziehung, die Gemüthsbildung und endlich die religiöse Erziehung. Dieser letzte Abschnitt ist der einzige, an dem es wohl Vieles zu kritisiren gäbe. Der Verfasser glaubt nämlich, die Religion nicht ganz aufgeben zu sollen. Zwar will er jeden priesterlichen Einfluß aus der Schule verbannt wissen und die Religion selbst

das Schulgeld für seine Kinder erlassen wird. Nach der Altonaer Auffassung würde selbst der Landwehrmann, der aus dem Kriege mit dem eisernen Kreuze zurückkehrt, sich des höchsten Ehrenrechtes beraubt finden, wenn seine Frau während seiner Abwesenheit von der Gemeinde Unterstützung empfangen hat. — Bei der Wahlprüfung im Reichstage muß diese Frage zur Entscheidung gebracht werden.

— Falscher Schluß. Der Jubel der Herren Reich-Raschler in Altona ist so groß, daß sie vollständig aus dem Häuschen sind. So schreibt einer der Herren den „Fleboer Nachrichten“ einen Bericht, in welchem es heißt: „Das Vollwerk der Sozialdemokratie im Norden Deutschlands“ erfüllt und besiegt worden ist, wird und muß eines tiefen Eindruckes, und wir hoffen zum Heil und Segen unserer Arbeiterbevölkerung, nicht verfehlen.“ — Wir hegen dieselbe Hoffnung. Der tiefe Eindruck, den die elende Handlungsweise vieler unserer Gegner bei der Wahlagitacion auf die Arbeiter gemacht hat, wird nicht verfehlen, das Klassenbewußtsein derselben noch mehr zu heben und die „Niederlage“ später in einen Sieg zu verwandeln.

— Heroismus. Mit welcher Lebhaftigkeit und Energie der Wahlkampf in Altona geführt wurde, davon mögen nachfolgende Thatsachen den Beweis liefern. Mittags wurden die Altonaer Wähler, welche als Schauerleute am Grassbrook-Quai beschäftigt waren, von ihren Kollegen abgelöst. An einer Stelle, beim Schiff „Bellert“, ereignete sich leider das Unglück, daß der Schaueremann Johann Steen, wohnhaft Finkenstraße, Altona, als er vom Perron des Quais auf's Schiff springen wollte, fiel und einen doppelten Weinbruch erlitt. Seine Kollegen wollten ihn sofort zum Arzt tragen, Steen aber bestand darauf, trotz seiner Schmerzen zur Wahlurne gebracht zu werden und erst seine Stimme abzugeben. Es geschah denn auch und erst dann ließ sich der Verunglückte den ersten Verband anlegen. — Ein ähnlicher Fall ereignete sich am 15. Februar. Ein Mann, dem am 14. Februar beide Beine abgenommen wurden, verlor unter allen Umständen, seine Stimme für Hartmann abzugeben und man trug ihn zur Wahlurne. — Dies beweist, mit welchem Ernst viele Männer ihre Rechte und Pflichten als Staatsbürger ausübten.

— Aiberne Lügnerie. Ein Berliner Correspondent der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ schreibt: Der Wahlsieg der liberalen Parteien in Altona, der im hiesigen sozialdemokratischen Lager große Bestimmung hervorgerufen hat, wird zum großen Theil den Bemühungen des Abgeordneten Dunder verdankt, der in verschiedenen Volksversammlungen den sozialdemokratischen Agitatoren persönlich entgegentrat. Speziell mit dem früheren Abgeordneten Reimer, der bei der diesmaligen Wahl von dem Grafen Holstein geschlagen worden ist, ließ er sich in eine lebhafteste Diskussion über Ziele und Wege der Sozialdemokratie ein, in welcher sein Gegner unterlag. — Die Versammlung fand im „Englischen Garten“ statt; die lebhafteste Diskussion beschränkte sich darauf, daß Dunder fünfviertel Stunden sprach, und daß unserm Parteigenossen Reimer nur eine Redezeit von 10 Minuten bewilligt wurde. Und dies Verfahren nennt der liberale Correspondent einen Dunder'schen Sieg. Wohl bekomm's dem „Ehredunder“.

— Zur Nachahmung empfohlen. Des Staatsbürgers Pflicht ist es nicht allein, auf Beseitigung von Schäden und Gebrechen hinzuwirken, welche er im Staate vorfindet — in nicht geringerem Grade hat er auch sein Augenmerk zu richten auf das, was in der Commune geschieht oder unterlassen wird. Ja gerade die gegenwärtigen Communen sind es recht eigentlich, welche weit mehr als der Staat den Egoisten und Strebern aller politischen Schattirungen als Schlupfwinkel dienen, von welchen aus sie ihren Standesvorurtheilen fröhnen und ihrem Eigennutz zum Schaden des Gemeinwesens dienen können. Das haben unsere Genossen in Mainz recht wohl begriffen, und darum haben sie, weil auch sie nicht zufrieden sind mit der Art, wie ihre Gemeindevertretung das Gemeinwohl zu fördern trachtet, energisch ihre Stimme erhoben. Doch hören wir, was der „Frankfurter Zeitung“ hierüber aus Mainz unterm 6. März berichtet wird:

„Die Sozialdemokraten sind unermüdetlich; für die erst im Oktober stattfindenden Ergänzungswahlen zu der Stadtverordnetenversammlung treten sie jetzt schon in die Agitation. Gestern Abend haben sie im „Heilig-Geist“ eine gut besuchte Volksversammlung abgehalten, bei welcher diese Wahlen als erster Punkt

soll nach freier Richtung verändert, aber immerhin hält er sie für ein nothwendiges Attribut der Menschheit.

Wenn man bedenkt, daß dieser „Grundriß“ als Lehrbuch in den Lehrerseminarien eingeführt ist, dann wird man geneigt, selbst diese Ansicht als einen Fortschritt zu bezeichnen. Zudem nimmt dieser Abschnitt dem Buche, man möchte sagen nur quantitativ etwas von seinem Werthe, denn während die Ausführungen über die übrigen Geisteswissenschaften vielfach ineinander greifen und nothwendig als Ganzes zusammengefaßt werden müssen, so aber auch für sich ein ganzes Bild von allen natürlichen menschlichen Eigenschaften und deren erzieherischer Behandlung geben, steht der Abschnitt über religiöse Erziehung für sich als letzte Abhandlung, beinahe ohne jede Beziehung zu dem Uebrigen, selbst zu der moralischen Erziehung; und das Fehlen der sonst durch das ganze Buch so wohlthuend sich hinziehenden Dogik, das Fehlen der verständlichen, vollstündlichen Beweisführung des Verfassers in diesem Kapitel zeigt deutlich genug, daß es ihm Schwierigkeiten machte, der Religion einen Platz zu finden. Man kann also diesen Abschnitt sich ganz gut wegdenken und das Buch ist immer noch ein vollständig Ganzes.

Die wichtigsten Theile bleiben die über: intellektuelle Erziehung, Gemüthsbildung und moralische Erziehung, aus welchen wir einige Stellen allgemeinen Inhalts zum Beweise des Gesagten anführen wollen.

Ueber Werth und Wesen der intellektuellen Bildung spricht sich der Verfasser wie folgt aus:

— Ist sonach allerdings das Streben nach äußerer Wohlfahrt ein starker Antrieb zur Ausbildung des Geistes, so wird letztere doch immer sehr einseitig und dürftig ausfallen, wenn man sie ausschließlich oder vorzugsweise nach ihrer materiellen Nützlichkeit bemittelt. Man sieht es dann auf eine möglichst große Summe von Kenntnissen ab, die aber recht „praktisch“ sein, d. h. möglichst bald Brot bringen sollen.“

— Das Lernen wird Hauptfache, das Denken Nebensache. Wenn man in den Volksschulen mehr Wissensstoff anhäuft, als die Kinder zu bewältigen, d. h. selbstthätig zu durchbringen und zu verarbeiten im Stande sind, so werden die Früchte für's Leben, selbst die materiellen, viel dürftiger ausfallen, als man nach der Menge der Ausfaat erwarten möchte. Und wenn die Studica auf den höheren und höchsten Schulen fast ausschließlich im Er

auf der Tagesordnung standen. Die Majorität der derzeitigen Stadtverordnetenversammlung gefallt den Sozialdemokraten durch aus nicht, und sie finden Alles, was durch dieselben in den letzten Jahren geschehen ist, nicht den wirklichen Bedürfnissen der hiesigen Bevölkerung entsprechend, sondern nur zum Vortheil einzelner bevorzugter Klassen geschaffen. Man habe nahezu 200,000 M. für die Restauration des Theaters ausgeben, aber eine gleiche Summe für Erbauung eines Schulhauses für zu hoch befunden. In alten, nothdürftig verbesserten Magazinen, in welchen die Fußböden cementirt seien, erhielten die Kinder Schulunterricht; fast wochenlang hätten die Schüler einzelner Klassen aus Mangel an Schulbänken sich auf den flachen Boden setzen müssen und Andere hätten mehrere Monate Ferien bekommen, da man keine Lokale, um sie unterzubringen, gefunden. Die sozialdemokratischen Redner haben hiermit den brennendsten Punkt erfaßt und einen wunden Fleck unserer städtischen Verwaltung berührt. Wenn sie auch in etwas besseren Farben aufgetragen, so ist leider ein großer Theil der beregten Anlagen nur zu gerechtfertigt und verdient sowohl der Wichtigkeit, als der Art und Weise wegen, wie diese Frage in maßgebenden Kreisen behandelt wird, öffentlich besprochen zu werden. Nachdem schon lange allseitig anerkannt hat, daß die bestehenden Schullokale den Bedürfnissen nicht mehr entsprechen, ist in voriger Finanzperiode, auf Preßion der dem Stadtverordnetencollegium angehörenden Schulmänner, beschlossene, ein neues, geräumiges, den heutigen Wünschen entsprechendes Schulhaus zu bauen und wurde die nöthige Summe in's Budget aufgenommen. Trotz wiederholter Versicherung des Bürgermeisters, daß die Pläne ihrer Vollendung entgegen gingen, war von der Ausführung dieses Beschlusses noch nicht das Geringste zu sehen und zur allgemeinen Ueberzeugung waren in dem vorerwähnten Woche den Stadtverordneten vorgelegten Budget für dieses Jahr für den Schulbau keine Gelder vorgesehen. Hierüber interpellirt, wurden Antworten ertheilt, aus denen man den Eindruck gewinnt, daß man von gewisser Seite sucht, den früher gefassten Beschluß über Bord zu werfen. Dieses Bestreben und die Gründe hierfür wurden von den sozialdemokratischen Rednern beleuchtet und besonders scharf gezeihelt — und zwar mit großem Recht — daß eine so wichtige Angelegenheit in solcher Art behandelt wird. Mit der Heirath solcher Fragen gewinnen die Versammlungen der Sozialdemokraten an Interesse; ob es ihnen auch gelingen wird, sich einige Plätze bei den Stadtverordneten zu erringen, muß die Erfahrung erst lehren, da bei der Gemeinderathswahl durch eine Bestimmung mit dem Unterstützungswahlrecht im Wahlgesetz die Sozialdemokraten fast durchgehends von der Wahl ausgeschlossen waren.

Der Ulmer Gemeinderath erläßt im „Anzeigebblatt von und für Ulm“ unter'm 6. März folgende kurose Bekanntmachung:

Aufforderung, betr. das Vergehen des Bettels. Da das zur großen Belästigung gewordene Betteln insbesondere seitens durchreisender Handwerksgehilfen und Arbeiter durch die gesetzlich zulässigen Strafmittel nicht vermindert wird, so sehen sich die städtischen Collegien zu der dringenden Aufforderung an die Bürger- und Einwohnerschaft veranlaßt, Gesuche um Unterstützung stets abzulehnen und die um Unterstützung an das Fremdenbureau des Stadtpolizeiamts zu verweisen, auf welchem jeder Bedürftige angemessene Unterstützung aus der öffentlichen Armenkasse erhält.

Die Hausbesitzer sind insbesondere ersucht, durch geeigneten Anschlag am Hauseingang leichere Anordnung zur Kenntniss zu bringen, wobei denselben anheimgestellt wird, gleichzeitig auch den Eintritt in ihr Anwesen zum Zweck der Nachfrage um Arbeit zu untersagen, welche meist nur den Deckmantel für das Betteln giebt.

Nachdem sich viele Durchreisende 8—14 Tage hier auf dem Bettel herumtreiben und der Stadtkasse durch die Strafe der Bettelvergehen eine tägliche Ausgabe von 20 Mark erwächst, wird sich die Einwohnerschaft gewiß veranlaßt sehen, auch ihrerseits dem Bettel in hiesiger Stadt nachdrücklich zu begegnen.

Es ist nur anerkennenswerth, wenn der Ulmer Gemeinderath sich bereit erklärt, jeden Bedürftigen angemessen zu unterstützen; er übersteigt aber ganz entschieden seine Befugnisse und schä-

digt überdies die Arbeiter, wenn er den Ulmer Hausbesitzern anrath, das Betreten ihres Anwesens zum Zweck der Nachfrage nach Arbeit zu untersagen. Die Tausende und aber Tausende von Arbeitern, welche in Folge der Geschäftskrise gegenwärtig gezwungen sind, Deutschland von Ost nach West, und von Nord nach Süd zu durchstreifen — sie thun dies nicht um zu betteln, sondern um Arbeit zu suchen. Das weiß jedes Kind und sollte auch der verehrliche Gemeinderath von Ulm wissen.

— Verichtigung. Wie die „Bromberger Zeitung“ aus guter Quelle mittheilt, beruht die Nachricht des „Kuryer Pohnanski“, welche wir in der vorigen Nummer brachten, daß der Oberpostdirektor zu Bromberg seine Beamten auf Ehrenwort gefragt habe, ob sie die betreffende Verfügung dem erwähnten Blatte hätten zugehen lassen, auf einem Irrthume.

— Aus England. Yorkhire und Derbyshire ausgebrochener Vohnstreit dadurch beigelegt worden sei, daß sich die Besitzer und Arbeiter über eine Lohnherabsetzung von 5% Prozent geeinigt hätten. Für dieses setzte Zugehörigkeit an die Besitzer haben die Arbeiter das magere Verpfändnis erhalten, daß die Löhne wieder erhöht werden würden, sobald der Gang des Geschäfts es erlaube. Da werden die Arbeiter wohl lange warten können. Uebrigens betreffen die Abmachungen nahezu 40,000 Arbeiter.

Correspondenzen.

Hamburg, 27. Februar. Wie schon vielfach bekannt, wurde ich bei meiner nothwendigen Thätigkeit als Kandidat zu den Reichstagswahlen für die Kreise Mülheim-Wipperfürth und Gummersbach, sowie Grefeld, in einer zu diesem Zwecke anberaumten Volksversammlung in letztgenannter Stadt verhaftet, nach dem damaligen Bericht der „Grefelder“ und „Kölnischen Zeitung“ wegen schwerer Majestätsbeleidigung und Aufreizung der verschiedenen Klassen zu Haß und Verachtung (§ 130). Wer nun weiß, daß sich unser Kampf nicht gegen Personen, sondern gegen Systeme richtet, der kann sich auch denken, daß ich nicht so leicht geneigt sein konnte, Sr. Majestät den Kaiser, einen ebenso ehrwürdigen, wie alten und ergrauten Herrn, zu beleidigen; trotzdem fand der königliche Polizeikommissar, nachdem ich sagte, „daß vom menschlichen Standpunkte aus Sr. Majestät nichts weiter sei, als jeder andere Mensch“, eine Beleidigung heraus. Nachdem ich meinen Vortrag beendet und alsdann die Anwesenden durch Rundgebungen meine Ansicht theilte, erklärte der königliche Beamte die Versammlung für geschlossen und zu mir gewandt: sag er: „Sie sind verhaftet!“ Solches geschah am 7. Januar; am 9. Januar wurde ich nach Düsseldorf transportirt, einige Tage später kam ich zum Untersuchungsrichter, welcher dann dieses fürchtbare Verbrechen unter suchte. Wieder zurückgeführt in die Anstalt, sah ich nun volle 6 Wochen, ohne irgend etwas zu erfahren; dann wurde ich am 12. Februar vor die königliche Justizpolizeikammer gestellt und von der angeklagten Majestätsbeleidigung freigesprochen. Nachdem nun meine Unschuld festgestellt und ich durch den über großen Antzeifer des Herrn Commissars 6 Wochen lang meiner Freiheit beraubt war, glaubte ich genug gelüßt zu haben; doch der Herr Staatsprocurator dachte anders. Er legte Appell ein und ich wurde in die mir bekannte Behausung zurückgeführt, bis ich dann am 19. Februar gegen Caution von 400 Mark entlassen wurde, und habe ich jetzt in einigen Wochen vor der dortigen Appellkammer meine Unschuld noch einmal zu beweisen. Den Parteilgenossen zu Düsseldorf, sowie namentlich den Genossen von Mülheim a. Rh. für die bewiesene Theilnahme meinen herzlichsten Dank.

Indem ich mir vorbehalte, die Behandlung der dortigen Untersuchungsgefängenen, das Auftreten der Beamten den Gefangenen gegenüber, sowie die Bildung eines königlichen Polizeisergeanten und die gerichtliche Verhandlung selbst näher zu beschreiben, schließe ich für heute mit der Bemerkung des „Düsseldorfer Anzeigers“ über die Gerichtsverhandlung:

Der Sozialdemokrat Ferdinand W. aus Hamburg u. s. w., angeklagt wegen Majestätsbeleidigung, wurde von dieser Anklage freigesprochen, weil die königliche Justizpolizeikammer eine Beleidigung Sr. Majestät nicht zu erblicken vermochte, sondern nur eine Ehrfurchtsverletzung.

NB. Den Genossen in den verschiedenen Städten für die entsandten Grüße meinen besten Dank.

Ferd. Weidemann.

Apenrade, 6. März. Ein hiesiger Cigarren-Fabrikant, Namens J. P. Junggreen, ein echter dänischer Patriot, hat

und schreibt: „Es wird uns in glaubhafter Weise versichert, daß die Zahl der unbeschäftigten, vergeblich Arbeit suchenden Arbeiter ganz außerordentlich groß sei und daß in vielen Tausenden von Arbeiterfamilien die Einkünderung des Bedarfs längst die Grenze überschritten habe, jenseits welcher der Bedacht und die Arbeitskräfte durch Entbehrung des zum Unterhalt Nothwendigen gefährdet erscheinen.“

— Ein königliches Wort unseres Kaisers. Von der letzten „Hofcour“ (zu deutsch: Hof-Hof — denn cour heißt Hof) im königlichen Schloß zu Berlin erzählt man sich, nach der „Vossischen Zeitung“, in Abgesandtenreisen: „Als dem Kaiser bei derselben der Abgesandte Fabrikbesitzer Schlieper aus der Gräns bei Jertohn vorgestellt wurde, fragte er sofort: „Bei Ihnen steht es mit der Industrie wohl sehr schlecht?“ Der Abgeordnete bestritt, daß man in Westfalen sehr wohl daran sei; worauf der Kaiser erwiderte: „Nun, Nothstand herrscht augenblicklich überall, in der ganzen Welt!“ So die „Vossische Zeitung“. Was Herr Schlieper geantwortet, wird nicht gesagt; vielleicht war er durch den Strahlenglanz königlich-kaiserlicher Majestät zu verblüfft, um überhaupt etwas sagen zu können. Für die Hungernden und Verhungerten aber ist es unzweifelhaft ein großer Trost, daß das Volk in der „ganzen Welt“ hungert und verhungert. Solamen miseris socios habere malorum, sagten schon die alten Römer (ein Trost ist's den Unglücklichen, Genossen des Unglücks zu haben).

— Beitrag zur Unfallstatistik. Bei der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft — Abtheilung für Unfall-Versicherung — kamen im Monat Januar 1877 zur Anzeige: 14 Unfälle, welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben; 13 Unfälle, in Folge deren die Verletzten noch in Lebensgefahr schweben, 22 Unfälle, welche für die Verletzten voraussichtlich lebensgefährlich, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden, 332 Unfälle, mit voraussichtlich nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Sa. 371 Unfälle. — Von den 14 Todesfällen 4 auf Baufabriken, 2 auf Bergwerke, je einer auf eine Brauerei, Schneidemühle, Spinnerei, Eisen gießerei, Brennerei, einen Schleppliffahrtsbetrieb, Steinbruch und Landwirtschaftsbetrieb; von den 3 lebensgefährlichen Verletzungen je eine auf ein Baugewerk, eine Mineralöl- und Paraffinfabrik und eine Kunstoffabrik; von den 22 Invaliditätsfällen 5 auf Baufabriken, 5 auf Brauereien, je 2 auf Holzschneidereien und Landwirtschaftsbetriebe, je einer auf ein Baugewerk, Puddel- und Walzwerk, eine Schneidemühle, Spinnerei, Schiffbauerei, Papierfabrik, Steinbruch und einen combinirten Mahl- und Schneidemühlbetrieb.

in dem gleichfalls dänischen, in Hadersleben erscheinenden Blatte „Freja“ nachstehendes Fabrikat geliefert. Nachdem er auf die außerordentlichen Fortschritte der Sozialdemokratie seit der Reichstagswahl im Jahre 1874 aufmerksam gemacht, legt er also los: „Die Bedeutung, welche die Regierung dieser Sache widmet, ist genugsam aus der „Provinzial-Correspondenz“ sowie aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu ersehen. Welcher Schreck über die mächtigen Fortschritte der Sozialdemokratie die nicht-sozialistische Bevölkerung erfaßt hat, beweist das Zusammenwirken der anderen Parteien bei der Nachwahl, um die Wahl eines sozialistischen Kandidaten zu verhindern. 650,000 mündige Deutsche haben ihre Stimmen abgegeben für eine Partei, welche die Gegenwartigkeit Gottes vernichtet (!), welche die größtmögliche Keuigkeit (!) des Erdenlebens aufstellt, die einen Umsturz der ganzen heutigen Gesellschaft beabsichtigt (!). Wenn es so fortgeht mit der Entwicklung dieser Partei, wie bisher, so kann sie zur nächsten Reichstagswahl groß genug werden. Es ist gewiß Keiner, der bezweifelt, daß die Regierung noch im Stande ist zu verhindern, daß die Sozialisten den Versuch (!) machen, ihre Ideen auf dem Wege der Revolution (!) zu verwirklichen. Wenn die Sozialdemokratie in Deutschland gleiche Fortschritte macht in Zukunft, wie in den letzten drei Jahren, so kann die Zeit kommen, wo der Militarismus sich gegen Staat und Gesellschaft wendet!“ — Hierauf berührt der Schreiber die in Vorschlag gebrachten Kasernenbauten u. dgl. und sagt dann: „Dies beweist, wenn das Erwähnte wahr ist, zur Genüge, daß die Regierung sich der Gefahr wohl bewußt ist. Wenn ein solches Mittel indeß helfen soll, so müßte die Dienstzeit im deutschen Heere so lang sein, bis der Soldat vollständig entfremdet wird den Ideen und Gedanken, die er von Hause mitgebracht hat und welche in der bürgerlichen Gesellschaft Platz gewonnen; aber dies ist sie nicht. Militärwesen und Disziplin! das ist nothwendig, um das Heer zusammen zu halten.“ ... „Obgleich die Sozialdemokratie in Deutschland größere Fortschritte macht, wie in irgend einem anderen europäischen Lande, so wäre es doch leicht, sie zu bekämpfen. Allein meine Ideen (!) über die Ursache (!) und deren Bekämpfung würden wohl wenig Beifall (!) finden bei den Staatsadvokaten (!)“ ... „Es ist erfreulich, daß die gesellschaftsaufhebenden Elemente auf unser nordschleswigische Bevölkerung so wenig Einfluß üben, ungeachtet dessen, daß die Sozialisten es nicht haben an Agitation fehlen (??) und ungeachtet dessen, daß Bio und Consorten in Kopenhagen sich nicht schämen (!) unsere Arbeiterbevölkerung aufzufordern, einem deutschen Sozialdemokraten ihre Stimmen zu geben. Aber die Ursache ist die warme Liebe (!) zum Vaterlande, angesichts der Erinnerung der Volks-Vergeltung (!). Dies ist es, was unser Volk unempfindlich für die sozialistische Bewegung gemacht hat, und hoffe ich, daß es mit Gottes Hilfe (!) hart genug ist, um Alles zurückzuweisen, was es von anderer Seite in's Verderben bringen kann (!)“ — Nachdem der Fabrikant über seine Vaterlandsgeanken geplaudert hat, schließt er mit folgendem Aufsatze: „Aber an dich, mein armes, hartgeprüftes Volk, will ich fort und fort die Aufforderung richten: Halte fest an Dem, was dein inneres Wesen ausmacht, laß nicht das Heiden, das Gott der Herr selbst auf dich gelegt hat, ausgemischt werden und halte fest an dem Glauben, daß der Mensch etwas Anderem und Höherem nachzustreben hat, als essen, trinken und sterben (!)“

Soweit die salbungsvolle Mädelerei. Eins hat der gute Herr Junggreen vergessen, nämlich „Amen“ zu sagen. Wenn er dann mag es sehr wenig sein, was er der Welt nützt. Denn sollte man es für möglich halten, daß ein solches Nachwort dem Gehirn eines in 19. Jahrhundert lebenden Menschen entspringen könnte? Doch diese Herren fürchten das mächtige Anwachsen des Sozialismus und in ihrer Angst machen sie die lächerlichsten Versuche, um ihn zu unterdrücken. Aber weil sie die Wahrheit, welche in dem Sozialismus liegt, einsehen, suchen sie den Arbeiter in den sadenscheinigen Mantel der „christlichen Liebe“ zu hüllen.

Daß unsere Sache hier in Nordschleswig nicht so fortgeschritten ist, wie sie es sein sollte, haben wir der allgegenwärtigen Polizei zu verdanken, denn entweder war sie direkt oder indirekt Schuld daran, daß wir nicht agitieren konnten. Direkt hat sie uns insofern gehindert, daß sie die angemeldeten Versammlungen einfach verbot, wozu sich immer leicht ein Vorwand fand, oder sie hielt das Lokal für zu klein oder zu niedrig etc. und indirekt hinderte sie uns dadurch, daß sie die Wirthe beeinflusste. Aber trotz alledem und selbst dann, wenn es dem Herrn Junggreen gelingen sollte, eine Militärdienstzeit von 40 Jahren zu erwirken, soll die hiesige Bevölkerung von den „gesellschaftsaufhebenden Ideen nicht verschont bleiben. Dafür werden wir sorgen. M. A. Audresen.

Immer bei Hannover. Auf die Folge in unserm Wahlkreise können wir trotz unserer Niederlage mit Stolz zurückblicken, freilich hätte das Resultat ein besseres sein können, aber der Umstand, daß die Agitation erst im Aufstehen unseres Kandidaten H. Meißner und zwar im Dezember, also sehr spät begann, machen unsere Niederlage sehr leicht erklärlich. Die wenigen an verschiedenen Orten von uns einberufenen Volksversammlungen waren gut besucht, auch haben die betreffenden Orte ein gutes Stimmenresultat zu verzeichnen, das beste Resultat hat aber Limmer aufzuweisen, denn von 308 abgegebenen Stimmen theilten 187 auf unsern Kandidaten Meißner, 120 Stimmen vertheilten sich auf die beiden gegnerischen Kandidaten und eine Stimme wurde für H. B. Frische aus Berlin abgegeben; gewiß ein gutes Resultat. Wegen die Arbeiter aller übrigen Ortschaften sich unsern Ort zum Vorbild nehmen, damit sie bei der nächsten Wahl zum deutschen Reichstage nicht hinter den Arbeiter Limmers zurückbleiben. Im Ganzen vereinigten wir auf unsern Kandidaten Meißner 824 Stimmen, mit welchem Ergebniss wir für's erstmalig zufrieden sein können, namentlich wenn wir bedenken, wie wenig in unserm ausgedehnten Wahlkreise agitirt worden ist. Bei der nächsten Wahl jedoch müssen wir ein noch besseres Resultat erstreben, das können wir aber nur, wenn wir organisiert sind, wenn alle Hand ans Werk legen. Darum auf Ihr Arbeiter alle, schließt Euch unsern Reihen an, nur dann können wir siegen. Die Limmer Arbeiter werden aufgefordert, sich dem hiesigen sozialdemokratischen Wahlverein anzuschließen, das Vereinslokal befindet sich bei E. Hengstmann, wofelbst jeden Sonnabend Abends 8 Uhr Mitzierversammlung stattfindet; das Eintrittsgeld beträgt 20 Pf., monatlicher Beitrag 10 Pf. Also auf Arbeiter, helft und für unsere Prinzipien kämpfen. H. S.

Breslau, 5. März. Mit der am 27. Februar stattgehabten Nachwahl in den beiden Breslauer Wahlkreisen hat der Wahlkampf für Schlesien für dieses Mal sein Ende erreicht. Nach vor einem Jahre waren die Sozialisten Schlesien ein verschwindend kleines Häuflein und die Zielscheibe des Spottes ihrer Gegner. Das sollte sich ändern. Im Frühjahr vorigen Jahres wurde hier die „Wahrheit“ gegründet. Durch die unerwartet rasche Abonnentenzunahme unseres anfangs wöchentlich nur einmal herausgegebenen Organes und durch dessen gegenwärtig gewordenes tägliches Erscheinen wurden die gegnerischen Blätter

lernen der vorgeschriebenen Wissensmasse bestehen: so darf man sich nicht wundern, daß aus diesen Anstalten verhältnismäßig außerordentlich wenig produktive Talente hervorgehen, die sich über eine handwerksmäßige Betreibung ihres Berufes zu hervorragenden Leistungen erheben und dem allgemeinen Culturfortschritte dienen. Wo die geistigen Kräfte fast ausschließlich zur Aneignung großer Massen positiven Wissens verbraucht werden, muß natürlich die selbständige und produktive Geistesthätigkeit höchst nothdürftig ausfallen, eben weil dazu die Kräfte und mit ihnen die Triebe und Reigungen fehlen.“

— In Betracht solcher Mißverhältnisse gewinnen die Aufgaben, welche man nicht selten gegen die intellektuelle Bildung zum Lobe der Gemüths- und Charakterbildung erhebt, einen gewissen Schein von Wahrheit. Wenn freilich die Geistesbildung schlecht, d. h. durch den Egoismus beschränkt und durch den Mechanismus gelähmt ist, so hat sie schon an und für sich wenig Werth; und wenn diese Mißgestalt von Intelligenz noch den übrigen Richtungen wahrhaft menschlicher Entwicklung im Wege steht, so wird sie positiv nachtheilig. Aber das Uebel liegt dann nicht in der intellektuellen Bildung überhaupt, sondern in deren Verfehrtheit und außerdem in der Vernachlässigung der sonstigen Erziehungsaufgaben. Rechte und mit der gesammten menschlichen Entwicklung in Harmonie stehende Geistesbildung ist nie ein Uebel, sondern stets ein Gut und zwar ein sehr großes. Sie steht mit der Moralität keineswegs in Widerspruch, ist vielmehr eine unentbehrliche Nothwendigkeit und Dienerin des sittlichen Willens. — Bildung ist nicht Anhäufung von Wissensschatzen, nicht todte Gelehrsamkeit, sondern Entwicklung der geistigen Vermögen zu realen und lebendigen Kräften, Ausgestaltung der natürlichen Anlagen zu einer harmonischen Persönlichkeit, zu einer Persönlichkeit, welche das Wahre denkt, das Gute will, welche vor Allem Verständnis und Empfindlichkeit hat für die allgemein menschlichen Angelegenheiten. Nur wenn die Bildung dies ist, hat sie unbedingten Werth.“

(Schluß folgt.)

— Den Nothstand in Berlin suchen einige Blätter zu leugnen oder zu verringern, so die „Vossische Zeitung“, ein sonst ziemlich vernünftiges Blatt. Jetzt tritt aber sogar die „Nationalzeitung“ hervor

unangenehm überrascht. So verfloß das Jahr 1876. Die Gegner fühlten das Schwinden ihres Einflusses über die ihnen bisher blindlings ergebenen Massen. Man sann auf Mittel, sich im Besitz der Macht zu halten. Die Fortschrittspartei wagte es wieder, große Versammlungen einzuberufen. Herr Professor Hänel aus Kiel, ihr Candidat, hielt vor 4000 Breslawern seine Candidatenrede, die unter dem Eindruck des bei Beratung der Justizgesetze soeben abgeschlossenen Compromisses sehr „antinationalliberal“ ausfiel. Unser Candidat Kräder interpellirte Hänel. Das behagte den Gegnern nicht. Die Prager sind immer unbequem, zumal wenn viele Hunderte ihnen Beifall klatschen. Die Gegner fingen an derart zu standhalten, daß der fortschrittliche Leiter der Versammlung seinen Freunden zurufen mußte, sie sollten doch nicht vergessen, daß „der Anstand das Privilegium der liberalen Parteien“ sei. — In einer zweiten von 2000 Personen besuchten Versammlung stellte sich der andere fortschrittliche Candidat, Herr Dr. Stein, vor. Maximilian Schlesinger und unser zweiter Candidat Bähle sprachen über eine Stunde, während die liberaler Redner nur eine halbe Stunde sprachen. Verrätherisch, daß drei Viertel der Anwesenden auf die Seite der Sozialisten traten, rief der fortschrittliche Candidat unmutig aus: „Von den Sozialdemokraten will ich nicht gewählt sein!“ Hier war es, wo sich die Fortschrittspartei mit ihrem „Appell an das Volk“ Witz gekauft hatte, denn es wurde in den später abgehaltenen Versammlungen, die vorwiegend von Arbeitern besucht waren, nie wieder eine Diskussion eröffnet, sondern die Versammlung, sobald die letzte Silbe dem fortschrittlichen Munde entflohen war, geschlossen. Schläuer gingen die Nationalliberalen und die Ultramontanen zu Werke, die in geschlossenen Versammlungen mit vorher dazu bestimmten Rednern operirten; die Ultramontanen hatten sogar einen Christlich-sozialen auf die Tribüne geschickt. Wir Sozialisten waren rührig, in Breslau und in der Provinz. Schwierigkeiten aller Art, von denen der Mangel an geeigneten Versammlungsorten keine der geringsten war, hatten wir zu überwinden. So kam endlich der 10. Januar, der große Tag der Heerschau heran. Es wurden in Schlesien für unsere Candidaten 21,792 Stimmen abgegeben, die auf unsere Genossen August Kapell, Kräder (4356), Bähle (4088), Reinders, Fischer, Just, Otto Kapell fielen, außerdem hatten Johann Jacoby 10 und Bebel 6 Stimmen in Orten, wo wir nicht einmal Gesinnungsgenossen vermuteten. Aug. Kapell war im Kreise Waldenburg und im Kreise Reichsbach-Neurode, also zweimal, und Bähle und Kräder in je einem der beiden Breslauer Kreise zur Stichwahl gekommen. Letztere sogar mit der relativ größten Zahl aller abgegebenen Stimmen. Also vier Stichwahlen, außerdem 264 sozialistische Stimmen im Brieger Kreise, der Pforte Oberschlesiens, und an 500 oben nicht mitgezählte Stimmen in Rawitsch und Umgegend, einem polnischen Wahlkreise, das war das Ergebnis jenes Tages. Wir freuten uns, jedoch mit Maß; wir wußten, die größte Arbeit lag noch vor uns. Bei den Stichwahlen standen uns in Breslau Hänel (fortsch.) und Lasker (nat.-lib.), in Waldenburg Fürst von Pleß (cons.) und in Reichsbach-Neurode Franz (ultr.) gegenüber. Jetzt wurde auf beiden Seiten eine große Rührigkeit entfaltet, die von Seiten der Anständigen eine anständige, von Seiten der „privilegirten Anständigen“ aber eine „privilegirte — anständige“ war. Die nationalliberalen Bismarckianer ohne Phrase und die fortschrittlichen Bismarckianer mit Phrase hatten sich in Breslau vor dem 10. Januar zu allgemeiner Belustigung die größten Kränkungen zugefügt; jetzt vergaßen die soeben noch feindlichen Brüder, daß sie sich kurz vorher noch die Augen ausgekratzt; sie begriffen nicht, wie sie sich je hatten entzweien können; ja sie waren mit einem Schlage von der Nothwendigkeit ihres Zusammengehens überzeugt. Die Ultramontanen waren in eigenthümlicher Lage. Im Culengebirge war der Sozialist ihr Gegner, in Waldenburg sollten sie zwischen L. Kapell und dem Fürst von Pleß, in Breslau zwischen Bähle und Lasker und zwischen Kräder und Hänel entscheiden. So weit sie nicht direct interessirt waren, nahmen sie als Partei keine bestimmte Stellung, sondern überließen den einzelnen katholischen Wählern die Entscheidung. Das Resultat der Stichwahlen ist bekannt. Wir fielen in Waldenburg und in Breslau durch, siegen hingegen im Culengebirge, die braven schlesischen Weber hatten ihre Schuldigkeit gethan. An Wahlunregelmäßigkeiten hat es nicht gefehlt. Von gegnerischer Seite bediente man sich der unlausteren Mittel, besonders viel Einfluß wurde durch Fälschung von Doppellisten geübt. Unsere Lokalpresse constatirte eine größere Zahl von Unregelmäßigkeiten und eine große Volksversammlung wollte das hiesige Wahlergebnis durch Protest anfechten. Die Herren Hänel und Lasker beantragten dem durch ihr Abdanken vor. Die Breslauer mußten noch einen Wahlgang machen. Wir verdoppelten unsere Anstrengungen.

In Breslau hatten wir von Neujahr bis zum 10. Januar 23 Versammlungen abgehalten, von da ab bis zum 26. Januar 43, und in der Zeit zwischen der zweiten und dritten Wahl 74. Außerdem mußten wir noch unsere Redner zu den Versammlungen in der Provinz abgeben; Unterstützung wurde uns von auswärts erst in den letzten drei Tagen vor der Nachwahl durch Hafendörfer und A. Kapell, die in auch von Gegnern zahlreich besuchten Wählerversammlungen unter allgemeinem Beifall referirten. Bei dem dritten Wahlgange hatten wir nur noch eine compacte Selbstschutzpartei uns gegenüber. Die Ultramontanen verzichteten auf die Aufstellung eigener Candidaten. Die Fortschrittler wären zwar gar zu gern selbständig vorgegangen, sie konnten es nicht verwinden, daß sie am 10. eine Schlappe erlitten und den Osten Breslauer an die Nationalliberalen verloren hatten, sie grölten diesen darob und hätten diesem Groll gern Luft gemacht; doch sie ließen sich gut zureden und lernten verstehen, daß der „gerechten“ Sache des Kapitals nur durch einen Compromiß der liberalen Zwillingenbrüder zum Siege zu verhelfen sei. Nun wurde ein großes Reichstagesabgeschloffen; die Krämerscheelen können eben auch im politischen Kampfe ihren Charakter nicht verleugnen; die Fortschrittler verschlechterten ihre Stimmen im Osten an die Nationalliberalen und diese verschlechterten als Gegenpart ihre Stimmen im Westen an jene. Jetzt ging man noch eine Zeit lang vergeblich auf die Suche nach „geeigneten“ Candidaten, endlich fand man, was man brauchte, in den Personen der Herren Leo Rolinari, Kaufmann, Consul und Commerzienrath in Breslau und Heinrich Bürgers, Schriftsteller, Ergocomunist und Landtagsabgeordneter in Berlin. Mit wahrem Heldenthum hielten diese beiden Herren in einer „Karten“-Versammlung ihre Candidatenreden, in denen sie es bewunderungswürdig verstanden, sich an der Erörterung der brennenden Tagesfragen vorbeizubücken. So standen die Sachen. In der einen Wagschale lag die große Macht der Besitzenden, in der andern der Opfermuth, die Hingebung und Ueberzeugungstreue des sozialistischen Proletariats. Der Abend des 27. Februar brachte uns die Gewißheit, daß das Proletariat die beiden Breslauer Reichstagsstühle nicht erobert hatte. Ruhig und würdig nahmen wir dieses Faktum hin. Noch einmal war das Kapital Sieger geblieben. „Aber fragt mich nur nicht wie!“ — 1930 Stimmen waren den Liberalen in den letzten vier Wochen

verloren gegangen, während wir in derselben Zeit 162 Stimmen noch erobert hatten. Ist uns in Schlesien auch nur ein Reichstagsstuhl zugefallen, so können wir doch mit Genugthuung auf den letzten Wahlfeldzug zurückblicken; am 10. Januar hatten wir 21,792 Stimmen und 4000 Abonnenten auf die „Wahrheit“, am 27. Februar hatten wir 33,316 Stimmen und 9000 Abonnenten auf die „Wahrheit“! Hierbei ist zu constatiren, daß wir von den 33 schlesischen Wahlkreisen nur in 8 mit Candidaten aufgetreten waren.

Zum Schluß sei als Beweis unseres rastlosen Vorwärtstreibens noch die Thatsache mitgetheilt, daß heute in Breslau die Gründung eines sozialistischen Arbeitervereins beschlossen worden ist, der es sich zur Aufgabe machen wird, für die weiteste Verbreitung der sozialistischen Ideen an dem Orte, wo die Gebeine Lassalle's ruhen, kräftig zu agitiren.

Mit sozialistischem Gruß
Alexander Schlesinger.

Meinungen. Es wird wohl mancher Parteigenosse glauben haben, daß hier die Parteibewegung eingeschlämmt sei, da es schon lange her ist, seit der letzte Bericht erfolgte. Doch dem ist nicht so. Wenn die Agitation auch mit schwacher Kraft fortgeführt wird, denn zahlende Mitglieder hatten wir bis 1. Januar fast gar nicht mehr, so hatten wir uns doch an der Wahlcampagne betheiligigt, und haben auch wir ein kleines Resultat aufzuweisen. Während Liebknecht im Jahre 1874 bloß 1 Stimme erhielt, gewannen wir am 10. Januar für Grillenberg 614 Stimmen. Wir hätten aber ganz sicher 1000 Stimmen mehr für unseren Candidaten erzielt, wenn ein von uns erlassener Aufruf durch unliebsame Verzögerung nicht um zwei Tage zu spät zur Vertheilung gelangt wäre. Aber leider verhielt sich die große Mehrzahl wieder vollständig indifferent, denn von über 1700 Wahlstimmen erhielt Grillenberg 101 und der liberale Candidat Dr. Rückert aus Sonneberg 630 Stimmen. Am besten hat Salzingen und Umgebung gewählt. In Salzingen wurden abgegeben für

Grillenberger:	Dr. Rückert:
Leimbach 17	17
Bildbrechtroda 27	20
Kloster Allendorf 35	9
Dorf Allendorf 34	20
Langensfeld 63	40
Kaltenborn 19	16
372	379
Heilburg 23	134
Meinungen 101	630
„Umgebung 118	
614	

Von 13,897 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt Dr. Rückert 12,620 und Schriftsteller Eugen Richter in Berlin 609 Stimmen. Wir können also immerhin mit dem Ergebnis zufrieden sein und hoffen bei der nächsten Wahl eine größere Stimmenzahl zu erhalten. Natürlich war die Wahl auch mit großen Opfern verknüpft. Die ganze Wahlagitation kostete mir mit Schriften 196 Mark, davon erhielt ich durch Teller Sammlung und freiwillige Beiträge 46 Mark, so daß mir noch 150 Mark zu zahlen bleiben. Es wäre wohl ein Leichtes, das Defizit zu decken, aber leider haben wir hier keine opferfreundigen Parteigenossen, ausgenommen die Salzingen, welche mich einigermaßen unterstützen.

Guth.

Strasbourg i. E. Die Stadterweiterung von Strasbourg, welche die Niederlegung des größten Theils der hiesigen Wälle bedingt, ist schon lange ein Hoffnungsanker vieler Arbeiter in dieser schweren Zeit gewesen. Jeder Arbeiter, der hierher kam, hoffte durch fleißige Arbeit wenigstens ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Aber die Enttäuschung blieb nicht aus. Die Arbeit wurde durch den Fiskus in Vertretung der Stadt einer Gesellschaft übergeben. Wintopp, Seresche und Waltherr heißen die Unternehmer. Dieselben haben die Arbeiten um mehrere Prozente billiger übernommen, als andere Unternehmer, und führten dann ein Arbeitssystem ein, wie es schlechter nicht gedacht werden kann. Nachdem bekannt geworden war, daß bei Akkordarbeit 4 Mark täglich verdient werden könnten, kamen viele Erdarbeiter hierher, hauptsächlich Italiener. In Wahrheit stellen sich aber die Verdienste der Erdarbeiter per Tag nur auf 1,20, 1,50, 1,80 — 1,80, der höchste Satz ist 2,50; aber nur sehr wenige, und zwar nur Italiener, erhalten ihn, warum, das wissen die Götter. Das Gros der Arbeiter verdient 1,60, was hier in Strasbourg bei den notorisch theuren Lebensmittelpreisen, wo die höheren Beamten ein Drittel Gehaltszulage bekommen, viel zu wenig ist. Aber da wird vielleicht mancher fragen, existirt denn in Strasbourg keine unabhängige Zeitung, welche sich der Arbeiter annimmt? Doch, es ist eine da, sie nennt sich sogar selber unabhängig, und der Redakteur derselben, Herr Schneegans, sitzt sogar im Reichstage als Abgeordneter von Zabern. Aber dieser Publicist schreibt in seinem „Erfasser Journal“, daß Tausende von Arbeitern reichlichen Verdienst bei der Erdarbeit haben. Ich glaube nicht, daß Herr Schneegans sich an der rechten Quelle nach den Arbeitsverhältnissen in Strasbourg erkundigt hat, sonst hätte sein Blatt von einem reichlichen Verdienst der Erdarbeiter nicht fabeln können. Das „Erfasser Journal“ alterirte sich neulich auch darüber, daß eines unserer Organe, die „Berliner Fr. Presse“, die naive Meinung habe, ein Abgeordneter müsse die Prinzipien seiner Wähler nur einzig und allein vertreten, sonst sei er unmöglich für seine Wähler. Dazu meint das Organ des Herrn Schneegans, ein richtiger Abgeordneter dürfe nicht bloß nach unten schauen, sondern auch nach oben. Das sagt dieselbe Zeitung, deren Redakteur sich bei Uebernahme der Redaktion einen Sohn von 1789 nannte. Nun, ein Sohn von 1789 ist er, aber ein ungerathener. Doch genug von diesem Republikaner; sein Benehmen im Reichstage wird vielleicht Dilemmen oder Jenem die Augen blenden, aber ein Arbeitergegner ist er doch. Doch ein Gutes haben die Zustände hier: es gehen vielen Arbeitern die Augen auf und sie schieben sammt und sonders die Hauptschuld an den hiesigen Missethänden der Regierung zu. Das wird zur Folge haben, daß bei der nächsten Reichstagswahl hier in Strasbourg anders gestimmt werden wird als zeither, denn den meisten deutschen Arbeitern und hauptsächlich auch den Bahnhofsarbeitern, die 2 Mark täglich verdienen, ist des deutschen Reiches Herrlichkeit gründlich verleidet worden. Franz Siegle.

Bremen. Allen Collegen zur Nachricht, daß wir von jetzt ab unter unentgeltlichem Arbeitsnachweisbureau selbst leiten. Geschäftsstunden von 12 1/2 Uhr Mittags und von 8 1/2 bis 10 Uhr Abends im Lokal: Hankenstraße 25, bei Herrn Rahmeier. Wir eruchen alle reisenden Collegen, hiervon Notiz zu nehmen und dorthin zu verfahren, indem für ein billiges und gutes Nachtquartier, sowie gute Speisen und Getränke bestens gesorgt ist.

Der Bevollmächtigte der Schneidergewerkschaft.

Briefkasten
der Redaktion. H. in Wühlroff: Wir wissen von keinem Bericht; die Quittung senden Sie gefälligst noch einmal; an W. Reiffer wenden Sie sich doch direct, er ist Redakteur der „Dremer Fr. Presse“; die stenographischen Berichte über die Reichstagsverhandlungen, deren Preis uns unbekannt ist, bestellen Sie bei der Post.
der Expedition. Töpferverein Hamburg: Ihr Annoncendepot ist um 1,80 überschritten; eruchen um Geldsendung.

Ich eruche den Cigarrenarbeiter Kilian Benn von Kroschhausen, mir, wichtiger Angelegenheiten halber, seine genaue Adresse anzugeben.
Heinr. Braun, Cigarrenmacher in Groß-Steinheim.

Quittung. Abgr Halle Ann. 0,90. Thmmn Ab. 8,00 u. 23,60. Wahlcomité Edln Ann. 1,50. Frln Däffe dorf Schr. 10,80. Otto Leubner Schr. 3,60. Schwyz Edlthn - Schr. 13,20. Schmr Lübeck Ab. 4,60. Kämthr Pol Ab. 5,83. Krsfabrgr Wien Ab. 1,65. Administration der Arbeiterwochenchronik Pest Ab. 33,00. Ulrich hier Ab. 100,00. Arbeiterver-in Reudnitz Ann. 0,60. Rittmnr München Ab. 30,00. Smtr Königsberg Schr. 10,00. Hermann Bremerhafen Ab. u. Schr. 35,00. Expedition der Fr. Presse Edln Ann. 0,70. Schr. 20,50. Wdn Däffe dorf Ab. 6,50. Kuf Frankfurt Schr. 12,00. Graf Kiel Ab. 40,90. Brnt Jwiskan Schr. 10,00. Stc Wien Ab. 1,81. Udr Marklerdorf Ab. 3,30. Udr Dettingen Schr. 2,40.

Anzeigen z.
Zur Beachtung!
Abonnements auf den „Vorwärts“ und die „Neue Welt“, Bestellungen auf Schriften, sowie alle Geldsendungen und Annoncen sind nur an die Expedition, hingegen Berichte und Correspondenzen nur an die Redaktion des betreffenden Blattes zu adressiren.
Leipzig, im März.
Die Redaktion u. Expedition.

Montag, den 12. März, Abends 8 Uhr, im Thü-
Leipzig, ringer Hof:
Öffentliche Schneider-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Gewerkschaften. Referenten Ramm und Berner. 2. Neuwahl der Arbeitsnachweis-Commission. 0,70] Aug. Zipsel.

Montag, den 12. März, Abends 8 1/2 Uhr, in der
Restaurations „Zur weißen Taube“:
Öffentliche Versammlung.
Tagesord.: Vortrag üb. d. Landgemeinverordnng. Ref.: D. Ramm.
Ein politisch und ökonomisch mehrfach gemäßigter Parteigenosse, in den lautm. Buchführungen erfahren, der französischen und englischen Correspondenz mächtig, auch literarisch befähigt, sucht Stellung.
Adr. sagt die Exped. d. Bl. (3c) [1,20]

Bei E. Bidder in Leipzig erschien und ist durch die Expedition des „Vorwärts“ zu beziehen:
Politische Gründer
und die
Corruption in Deutschland.
Von
Dr. Rudolph Meyer.
Preis 4 Mark.
Der bekannte Sozialpolitiker giebt in diesem seinem neuesten Werke eine Geschichte der Corruption in Deutschland, welche die Unhaltbarkeit des Bismarck'schen Systems dorthin soll und in der Forderung einer Beseitigung desselben sammt seinem Träger gipfelt. [450]

„Die Neue Welt.“
Illustrirtes Unterhaltungsblatt.
Wöchentlich 1 1/2 Bogen. Preis vierteljährlich Mt. 1,20.
In Heften à 30 Pfg.
II. Jahrgang. Auflage über 30,000.
Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.
Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam daß zur Einführung der „Neuen Welt“
„Illustrirte Prospekte“
gratis versandt werden, welche ein Verzeichniß des Inhalts der ersten Nummer von 1877 und Illustrationsproben enthalten.
Die Verbreitung der Prospekte in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien wird den Gesinnungsgenossen als bestes Agitationsmittel dringend an's Herz gelegt.
Wir bitten bei Bestellung Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. Plakate zum Aufhängen in öffentlichen Lokalen und Sammellisten stehen zu Diensten.
Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Leipzig, Färberstraße 12/11.

Soeben erschien:
Die
Märtyrer der Commune
in Neucaledonien.
Berichte zweier Entwichenen.
Von
Faschal Groussset und Fr. Jourde.
Preis: 30 Pfennig.
Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt.
Ein grauenerregendes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unvergessliches Denkmal der Schmach für die Henker der Pariser Commune.
Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig-Färberstraße 12/11.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/11. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.